

Dem Volk aufs Maul schauen

Was ist die öffentliche Meinung?

Eine Studie, die in Erfahrung bringen sollte, wie die Bürger der Ostukraine selbst zu den kriegerischen Auseinandersetzungen um Donezk und Lugansk stehen, musste abgebrochen werden. Aber auch in Deutschland ist es nicht so einfach, fundierte Meinungsumfragen durchzuführen, wie es auf den ersten Blick scheint.

Von Robert Kalimulin / redaktion@martens.ru

Wehren sich im Osten der Ukraine Freiheitskämpfer gegen ihre Unterdrückung durch Kiew? Oder treiben dort Terroristen ihr Unwesen, die durch Russland auch noch unterstützt werden? Die Antworten auf diese Fragen würden uns zumindest etwas leichter fallen, wenn wir wüssten, was die Menschen in den Städten Donezk und Lugansk selbst denken. Das allerdings können wir gar nicht wissen, erklärte jetzt der russische Oppositionelle Alexej Nawalnyj auf seiner Webseite.

Neben der regelmäßigen Veröffentlichung von Satellitenfotos der Luxus-Datschen von hochran-

von seinem Wahlkampfstab durchgeführt wurden, stets weit über denen anderer Meinungsforscher. Die Wahl im September 2013 bestätigte den Optimismus: Der Oppositionspolitiker erhielt sensationell 27 Prozent der Stimmen.

Bestärkt durch diese Erfahrung führten Freiwillig in diesem Jahr bereits Telefonumfragen zu einer Reihe politisch relevanter Themen in Russland durch. Umso interessanter nun das Eingeständnis Nawalnyjs: Der Versuch, per Telefonumfragen ein unabhängiges Stimmungsbild aus der Ostukraine zu erhalten, ist gescheitert. Ein Grund: Die angerufenen Bür-

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu erklärte einst, so etwas wie die „öffentliche Meinung“ existiere gar nicht.

gigen Politikern beschäftigt sich der 38-jährige Nawalnyj in seinem Moskauer Hausarrest unter anderem auch mit Meinungsforschung. Oder, besser gesagt: Ein Team aus Anhängern des studierten Anwalts und populären Bloggers bemüht sich darum, mit eigenen Umfragen eine glaubwürdige Alternative zu etablierten Instituten aufzubauen.

Als Nawalnyj im vergangenen Jahr für das Amt des Moskauer Bürgermeisters kandidierte, lagen die Ergebnisse in Umfragen, die

ger hätten Meinungsforschern aus Russland nicht antworten wollen. Die Lüge, aus Kiew anzurufen, hätte Nawalnyj zufolge vielleicht zum Ziel geführt, aber das Ergebnis verfälscht.

Dass jemand öffentlich verkündet, was wir nicht wissen können, hat Seltenheitswert. Zwar erklärte der französische Soziologe Pierre Bourdieu einst, so etwas wie die „öffentliche Meinung“ existiere gar nicht. Praktisch macht aber eine ganze Reihe von Instituten



Einwohner der ostukrainischen Stadt Lugansk: Was sie wirklich über den Krieg in ihrer Heimat denken, können wir nur schwer herausfinden.

ein gutes Geschäft damit, uns eben jene öffentliche Meinung erklären zu wollen.

Die Ergebnisse können dabei allerdings durchaus widersprüchlich sein. So geschehen im April dieses Jahres. „Wachsende Mehrheit lehnt Wirtschaftssanktionen ab“: So überschrieb die Auslandshandelskammer (AHK) in Moskau damals eine Pressemitteilung. Das renommierte Meinungsforschungsinstitut Forsa war, beauftragt von der AHK, zu dem Ergebnis gekommen, dass 73 Prozent aller Deutschen die Ansicht vertreten, Sanktionen gegen Russland seien nicht geeignet, um die politische Situation in der Ukraine zu lösen.

Zu einem scheinbar spiegelverkehrten Ergebnis kam ebenfalls im Monat April das ebenfalls angesehene Institut Ipsos. Nur 24 Prozent der befragten Deutschen lehnten die Aussage, gegen Russland sollten aufgrund seiner Annexion der Krim Sanktionen verhängt werden, völlig ab. Weitere zwölf Prozent zeigten sich nicht völlig einverstanden. Insgesamt also eine eher ablehnende Haltung bei 36 Prozent

der Befragten: Forsa war mit 73 Prozent auf mehr als das doppelte Ergebnis gekommen.

Der Mannheimer Professor Thomas Gschwend ist dennoch nicht besonders überrascht. „Beide Umfragen können wissenschaftlich korrekt sein.“ Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass das stark abweichende Ergebnis vermutlich durch Nuancen in der Fragestellung beeinflusst sei. „Glauben Sie, dass Wirtschaftssanktionen dazu beitragen können, die politische Situation in der Ukraine zu lösen?“, hatte Forsa im Auftrag der AHK gefragt. Ipsos hatte die Frage eingeleitet mit der Feststellung: „Wie Sie wissen, hat die Russische Föderation die ukrainische Region Krim annektiert.“

Sozialwissenschaftler Gschwend berichtet von amerikanischen Studien, die gezeigt hätten, dass bereits eine leicht veränderte Fragestellung ein völlig verändertes Umfrageergebnis erzeugen könne: Etwa, wenn das Wort „verbieten“ ersetzt wird durch „nicht erlauben“.

Dazu kommt, so Gschwend, dass es sich bei Wirtschaftssanktionen

gegen Russland um ein Thema handele, zu dem viele Befragte noch keine verfestigte Meinung hätten - im Gegensatz etwa zu der Frage nach der Parteipräferenz bei der nächsten Wahl. Menschen, die keine eingübte Meinung zu einem Thema haben, versuchten demzufolge instinktiv, sich in ihrer Antwort kooperativ zu verhalten. Hierzu wiederum suchten sie nach Hinweisen in der Fragestellung.

Es gibt sie, die öffentliche Meinung. Meint zumindest Thomas Gschwend. Allerdings sei sie oft unsicher und im Fluss. Medienvertretern empfiehlt der Professor, „nicht alles nachzuplappern“, was als Umfrageergebnis veröffentlicht wird - und auch darauf zu schauen, was nicht gefragt werde.

Durchaus möglich, so Gschwend, dass ein Meinungsforscher mit zahlenden Kunden auch darüber spreche, wie die Umfrage verstanden werden solle und was die Auswirkungen einer veränderten Fragestellung wären. Methodisch unlauter sei dies noch nicht. Vorsicht bei der Interpretation ist allerdings geboten.

Verboten, verboten und nochmal verboten

Was alles nicht mehr erlaubt ist in Russland: ein Überblick

Kleiderschrank und Fernseher, Politik und Geschichte: Quer durch alle Lebensbereiche gelten in Russland neue Verbote. An was alles müssen sich die Bürger ab dem Sommer gewöhnen?

„Das Verbot trägt empfehlenden Charakter.“ Mit diesem unfreiwillig komischen Satz relativierte die Verwaltung des Moskauer Stadtzentrums Meldungen, denen zufolge die beliebte Flaniermeile Arbat zur ersten rauchfreien Straße Russlands erklärt werden sollte. Es gibt, wie sich herausstellte, schlicht keine gesetzliche Grundlage, um auf einer ganzen Straße das Rauchen zu untersagen. Zumindest noch nicht.

Es sind dieser Tage nicht bloß einige wenige Oppositionelle, die sich die Augen reiben angesichts einer ganzen Flut von Verboten,



Gesünder leben: Auf dem Arbat werden Zigaretten vernichtet.

zepte interessiert, titelte im August in englischer Sprache „back in the USSR“ und zählte auf: „Spitzenunterwäsche verboten. Wird Facebook geschlossen? Nicht trinken, nicht rauchen, nicht fluchen.“

Tatsächlich ist unklar, was mit sozialen Netzwerken, aber auch etwa Webseiten ausländischer Reiseanbieter geschehen wird, wenn 2016 ein Gesetz in Kraft tritt, das die Speicherung persönlicher Daten russischer Staatsbürger auf Servern vorschreibt, die sich in Russland befinden. Spitzenunterwäsche ist Frauen entgegen überspitzer Schlagzeilen weiterhin nicht verboten, allerdings darf ihr Baumwollanteil jetzt nicht mehr unter sechs Prozent liegen. An das

Rauchverbot in Restaurants wie auch in Eisenbahnen hat sich die Bevölkerung erstaunlich schnell gewöhnt, und die für ihre derbe Sprache bekannte Band „Leninград“ kann ihre Musik weiterhin vertreiben, allerdings künftig nur noch mit Warnhinweisen.

Einen „Führer durch das neue Leben“ veröffentlichte auch die Webseite apparat.cc. Darin heißt es unter anderem: „Sie dürfen nicht mehr öffentlich daran zweifeln, dass die Angliederung der Krim vernünftig war.“ Hintergrund: Derselbe Äußerungen könnten als Aufruf zum Separatismus gewertet werden und wären als solche mit Gefängnisstrafe bedroht. In ähnliche Gefahr begibt sich, wer sich künftig auf historische Diskussionen über die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg einlässt: Hier verbietet das Gesetz die „bewusste

Verbreitung von Unwahrheiten“, ohne aber eine abschließende historische Wahrheit definieren zu können.

Ein existenzbedrohendes Verbot betrifft zahlreiche Kabelfernseher: Diese dürfen künftig keine Werbung mehr senden, wenn sie gleichzeitig Geld von ihren Zuschauern erhalten. Vorgebliches Ziel des Gesetzes ist der Schutz des fairen Wettbewerbs. Allerdings monieren Kritiker, dass staatliche Sender weiterhin Werbung ausstrahlen können, obwohl ja auch sie sich über Steuergelder letztlich über ihre Zuschauer finanzieren.

Zumindest ein Verbot lockerte die Duma: Künftig darf bei Sportübertragungen im Fernsehen wieder für Bier geworben werden. Dies gilt im Vorfeld der WM 2018 in Russland als Zugeständnis an den Fußballweltverband FIFA. rk